

## **Antrag**

**der Abg. Andreas Stoch u. a. SPD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Soziales und Integration**

### **Krisenkommunikation und -kompensation des Ministeriums für Soziales und Integration**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. welche Prozesse in der Krisenkommunikation in der Corona-Pandemie beim Ministerium für Soziales und Integration insbesondere mit den anderen relevanten Landesministerien, der Bundesregierung, den Regierungspräsidien, den baden-württembergischen Kommunen, dem Landesgesundheitsamt und den Gesundheitsämtern in den Stadt- und Landkreisen, den baden-württembergischen Krankenhäusern, der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, der Landesärztekammer sowie sonstigen relevanten Akteuren etabliert sind und wie sich der Minister für Soziales und Integration dabei persönlich einbringt;
2. welche Task Forces zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, von denen Minister Lucha in der Sitzung des Landtags am 12. November 2020 sprach, im Ministerium für Soziales und Integration seit wann eingerichtet wurden und wie diese aktuell (mit Stand vom 12. November 2020) personell besetzt sind;
3. welche Stäbe zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, von denen Minister Lucha in der Sitzung des Landtags am 12. November 2020 sprach, seit wann im Ministerium für Soziales und Integration eingerichtet wurden und wie diese aktuell (mit Stand vom 12. November 2020) personell besetzt sind;
4. wie die Task Forces und Stäbe (Ziffern 3 und 4) in die Struktur des Ministeriums für Soziales und Integration eingebunden sind und welche Berichtspflichten gegenüber dem Minister bestehen;
5. an welchen Terminen die „AG Corona“ zusammentrat und welche Ergebnisse ihre Zusammenkünfte brachten.

16. 11. 2020

Stoch, Gall, Wölflé, Hinderer, Kenner SPD

Eingegangen: 16. 11. 2020/Ausgegeben: 15. 12. 2020

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

## Begründung

Ziel des Antrags ist es, zu erfahren, wie das Ministerium für Soziales und Integration sicherstellt, dass im Rahmen einer gut strukturierten Krisenkommunikation die Akteure vor Ort sowie die in den für das Krisenmanagement relevanten Stellen und Organisationen umfassend eingebunden sind und auch die Möglichkeit haben, die Erfahrungen vor Ort in die Strategie des Ministeriums einfließen zu lassen. Zudem stellt sich die Frage, ob die zur Krisenkompensation der Corona-Pandemie im Ministerium für Soziales und Integration erforderlichen Task Forces und Stäbe personell ausreichend ausgestattet sind, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. Dezember 2020 Nr. 0141.5-016/9284 nimmt das Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

*1. welche Prozesse in der Krisenkommunikation in der Corona-Pandemie beim Ministerium für Soziales und Integration insbesondere mit den anderen relevanten Landesministerien, der Bundesregierung, den Regierungspräsidien, den baden-württembergischen Kommunen, dem Landesgesundheitsamt und den Gesundheitsämtern in den Stadt- und Landkreisen, den baden-württembergischen Krankenhäusern, der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, der Landesärztekammer sowie sonstigen relevanten Akteuren etabliert sind und wie sich der Minister für Soziales und Integration dabei persönlich einbringt;*

Im Rahmen der Corona-Pandemie wurden vom Ministerium für Soziales und Integration gezielt Prozesse zu Krisenkommunikation und -management eingerichtet und seither ständig an die sich ändernde Lage angepasst. Der Austausch findet sowohl unmittelbar lageorientiert mit den einschlägigen Akteuren sowie in dafür eingerichteten Organisationseinheiten statt. Zur Gewährleistung der Übersichtlichkeit erfolgt nachstehend eine Auflistung der jeweiligen Organisationseinheiten unter Benennung der darin beteiligten Verbände, Organisationen und Behörden:

### *Arbeitsgruppe Corona und Unterarbeitsgruppen Corona*

Bereits am Tag nach Auftreten des ersten Falls in Baden-Württemberg wurden Organisationseinheiten des Krisenmanagements aktiviert. So hatte das Ministerium für Soziales und Integration alle relevanten Akteure zur Abstimmung des weiteren Vorgehens zusammengerufen. Dieser Kreis wurde in den folgenden Wochen bedarfsabhängig erweitert und trifft als „AG Corona“ zusammen. Die Sitzungen im Rahmen der AG Corona finden unter Leitung von Herrn Minister Lucha statt. Dies gilt sowohl für Präsenzsitzungen als auch für die – überwiegenden – digitalen Zusammenkünfte.

Die vom Ministerium für Soziales und Integration gegründete sog. AG Corona gehören nunmehr die folgenden Akteure an:

- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg
- Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen
- Kommunale Landesverbände
- Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft
- Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg
- Landesärztekammer Baden-Württemberg
- Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

- Zahnärztekammer Baden-Württemberg
- Landesapothekerkammer
- Vertretungen der Krankenkassen in Baden-Württemberg
- Liga der freien Wohlfahrtspflege
- Deutsches Rote Kreuz Landesverband Baden-Württemberg
- Ärztliche Leitung des Universitätsklinikums Freiburg

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration sind ebenfalls beteiligt.

Mit Beginn der Pandemie hat Herr Minister Lucha die Akteure der AG Corona in unterschiedlichen Zusammensetzungen zu regelmäßigen Telefonschaltkonferenzen eingeladen und die je nach Pandemie-Lage bis zu mehrmals wöchentlich stattfindenden Sitzungen geleitet. Diese Vorgehensweise hat sich in der ersten Infektionswelle im Frühjahr 2020 bewährt und wurde nach Pausieren über die Sommermonate, in denen das Infektionsgeschehen abgeschwächt war, im Herbst wiederaufgenommen. In Gänze kam die AG Corona zuletzt am 13. Juli 2020 zusammen. Seit Oktober erfolgen jedoch regelmäßige Telefonschaltkonferenzen der AG Corona, deren Teilnehmerkreis sich nach entsprechender thematischer Relevanz in Untergruppen aufteilt.

Schon zu Beginn der ersten Welle wurde unter der Leitung des Ministeriums für Soziales und Integration die UAG Notfall der AG Corona eingerichtet. Ihre Mitglieder sind die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, die Landesärztekammer, die Kassenärztliche Vereinigung, die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, die Kommunalen Landesverbände, die Landesapothekerkammer, das Innenministerium und das Wissenschaftsministerium sowie einige ärztliche Fachberaterinnen und Fachberater. Die UAG Notfall tagt wöchentlich, lediglich in der Zwischenphase zwischen der ersten und der zweiten Welle wurde die Frequenz auf zwei Wochen verringert.

Auf Bundesebene finden regelmäßige ein- bis zweimal wöchentliche Telefonschaltkonferenzen der Gesundheitsministerkonferenz unter Teilnahme von Herrn Minister Lucha statt. Zusätzlich finden unregelmäßig auch Telefonschaltkonferenzen mit den Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsministern der B-Länder statt. Des Weiteren war Herr Minister Lucha im vergangenen Sommer intensiv in die Verhandlungen zum Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zwischen Bund und Ländern eingebunden.

Auf Fachebene findet seither ein kontinuierlicher Austausch zwischen den für Arzneimittel und Medizinprodukte zuständigen Behörden von Bund und Ländern statt.

#### *Telefonkonferenzen mit den Gesundheitsbehörden*

Mit den Leiterinnen und Leitern der unteren Gesundheitsbehörden, der Abteilungsleitung der Abteilung 9 (Landesgesundheitsamt im Regierungspräsidium Stuttgart) sowie den Leiterinnen und Leitern der Referate 102/25 der Regierungspräsidien finden regelmäßige Telefonkonferenzen statt. Hier werden die aktuellen Entwicklungen zeitnah kommuniziert und es findet ein regelmäßiger Austausch zu Fachfragen statt. Herr Minister Lucha nimmt aktuell im zweiwöchentlichen Rhythmus an diesen Telefonkonferenzen teil.

#### *Corona-Krisen AG Eingliederungshilfe*

Die AG hat insgesamt elf Mal virtuell getagt (Zeitraum 24. März 2020 bis 1. Juli 2020). Eine weitere am 15. Juli 2020 geplante Sitzung wurde zugunsten der Verhandlungen zum Rahmenvertrag SGB IX abgesagt.

Unter der Federführung der Liga der freien Wohlfahrtspflege waren die Teilnehmenden das Ministerium für Soziales und Integration (Referate 32 und 35), der KVJS, die DW Württemberg, die DW Baden, der DPWV und die BWKG.

*Corona-Krisen AG Wohnungslosenhilfe*

Im Rahmen der AG findet seit dem 23. März 2020 ein Austausch via E-Mail bzw. telefonisch statt. Neben dem Ministerium für Soziales und Integration (Referat 35), das die Federführung innehat, sind der KVJS, die Kommunalen Landesverbände und die Liga der freien Wohlfahrtspflege vertreten.

*Interministerielle Arbeitsgruppe „Zweite Welle“*

Im Rahmen der Erarbeitung des Pandemieschutzkonzepts wurde eine Interministerielle Arbeitsgruppe „Zweite Welle“ unter Federführung des Ministeriums für Soziales und Integration, deren Einrichtung von der Lenkungsgruppe „SARS-CoV-2 (Coronavirus)“ am 22. Juli 2020 beschlossen wurde, eingerichtet. Mit Kabinettsentscheidung vom 15. September 2020 wurde das Pandemieschutzkonzept mit den Pandemiestufen 1 („stabile Phase“), 2 („Anstiegsphase“) und 3 („kritische Phase“) verabschiedet. Das Konzept beruht unter anderem auf Beratungen mit den Kommunalen Landesverbänden.

*Arbeitsgruppe Umsetzung Impfen AGUI*

Für den Aufbau der Impfzentren für die Impfungen gegen SARS-CoV-2 wurde Anfang November eine Arbeitsgruppe Umsetzung Impfen eingesetzt. In dieser Arbeitsgruppe sind alle relevanten Akteure, die mit der Etablierung und dem Betrieb der Impfzentren befasst sind, eingebunden. Hierzu zählen das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, die Universitätskliniken unter Einbeziehung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, die Regierungspräsidien, die Kommunalen Landesverbände, der öffentliche Gesundheitsdienst, das Landesgesundheitsamt, die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, die baden-württembergische Krankenhausgesellschaft sowie die Landesärztekammer. Darüber hinaus sind ebenfalls wöchentliche Unterarbeitsgruppen zu den Zentralen Impfzentren und den Kreisimpfzentren sowie den Mobilten Impfteams eingerichtet, in denen auch Vertreter der Pflegeverbände vertreten sind.

Darüber hinaus steht das Ministerium für Soziales und Integration in ständigem Kontakt mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den anderen Ländern wegen des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG), der Auswirkungen der Pandemie auf die Eingliederungshilfe und die Sozialhilfe, insbesondere die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Ergebnisse werden umgehend an die Leistungsträger und Leistungserbringer kommuniziert.

Des Weiteren wurden Leistungsträger und Leistungserbringer regelmäßig über die Programme und Fördermöglichkeiten informiert (z. B. Soforthilfe für Obdachlose). Ähnliches gilt für die anderen Fachbereiche, die wegen der Themen Pflege, Pflegeberufe, Gesundheitsberufe und Quartiersentwicklung in ständigem Austausch mit den relevanten Akteuren in ihrem jeweiligen Fachbereich sind, wie beispielsweise dem Bundesministerium für Gesundheit, den Kommunalen Landesverbänden, den Regierungspräsidien, dem Verband Deutscher Privatschulen Landesverband Baden-Württemberg e. V. (wegen der Pflegeberufe und anderen Gesundheitsfachberufen) und den Heilberufe-Kammern.

Darüber hinaus hat das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration nach Auftreten des ersten Falles in Baden-Württemberg seinen Verwaltungsstab einberufen und in Abstimmung mit dem Staatsministerium und dem Ministerium für Soziales und Integration den Interministeriellen Verwaltungsstab unter Beteiligung aller Ressorts aktiviert.

2. *welche Task Forces zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, von denen Minister Lucha in der Sitzung des Landtags am 12. November 2020 sprach, im Ministerium für Soziales und Integration seit wann eingerichtet wurden und wie diese aktuell (mit Stand vom 12. November 2020) personell besetzt sind;*

*Task Force „Impfen“*

Die Task Force Impfen wird von zwei Abteilungsleitern im Ministerium für Soziales und Integration geleitet. Der Task Force gehören in festen themenbezogenen

Teams knapp 40 Personen an. Die Task Force Impfen hat Anfang November die wöchentlich tagende Arbeitsgemeinschaft Umsetzung Impfen ins Leben gerufen. In dieser Arbeitsgruppe sind alle relevanten Akteure, die mit der Etablierung und dem Betrieb der Impfbüros befasst sind, eingebunden. Hierzu zählen das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, die Universitätskliniken unter Einbeziehung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die Regierungspräsidien, die Kommunalen Landesverbände, der öffentliche Gesundheitsdienst, das Landesgesundheitsamt, die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, die baden-württembergische Krankenhausgesellschaft sowie der Landesärztekammer. Darüber hinaus sind ebenfalls wöchentlich tagende Unterarbeitsgruppen zu den Zentralen Impfbüros und den Kreisimpfbüros sowie den Mobilien Impfteams eingerichtet, in der auch die Pflegeverbände vertreten sind.

#### *Task Force „Langzeitpflege und Eingliederungshilfe“*

Zum 16. April 2020 wurde die Task Force „Langzeitpflege und Eingliederungshilfe“ eingerichtet. Die Task Force befasst sich mit den aktuell und zukünftig notwendigen Schutzmaßnahmen sowie mit flankierenden Schritten zur Normalisierung des täglichen Lebens für Menschen mit Pflegebedarf und Menschen mit Behinderungen während der Corona-Pandemie. In der Task Force sind u. a. die Verbände der Leistungserbringer, Expertinnen und Experten aus der Versorgungspraxis, die Kommunalen Landesverbände, die Pflegekassen, der Landesseniorenrat sowie Vertreterinnen aus der Pflegewissenschaft und dem öffentlichen Gesundheitsdienst vertreten.

Diese Task Force ist je nach Themenkomplex mit sieben bis zehn Personen besetzt. Die Task Force tagt derzeit im Zweiwochenrhythmus. Bei Bedarf wurden im Rahmen der Pandemiebewältigung Sitzungen zum Thema Langzeitpflege und Eingliederungshilfe auf Spitzenebene unter Leitung von Herrn Minister Lucha durchgeführt, zuletzt am 27. November 2020.

*3. welche Stäbe zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, von denen Minister Lucha in der Sitzung des Landtags am 12. November 2020 sprach, seit wann im Ministerium für Soziales und Integration eingerichtet wurden und wie diese aktuell (mit Stand vom 12. November 2020) personell besetzt sind;*

#### *Stabsstellen Corona*

Im Mai 2020 ist der in der ersten Welle der Corona-Pandemie ad hoc eingerichtete Rechtsverordnungsstab aufgelöst worden. Angesichts einer Vielzahl neuer Aufgaben bedurfte es einer Neustrukturierung sowie Überführung in die Linienstrukturen des Sozialministeriums. Zur Bewältigung der neuen Aufgaben wurden im Ministerium für Soziales und Integration drei Stabsstellen in der Abteilung 6 eingerichtet, die jeweils die Aufgabengebiete „Corona-Verordnungen“, „Normenkontrollverfahren, Staatshaftung“ sowie „Entschädigung Infektionsschutzgesetz“ bearbeiten.

Die personelle Besetzung stellt sich wie folgt dar: Stabsstelle I Corona: Verordnungen mit neun Personen, Stabsstelle II Corona: Normenkontrollverfahren Staatshaftung mit sieben Personen und Stabsstelle III Corona: Entschädigung Infektionsschutz mit sechs Personen.

#### *Task Force/Zentrale Stelle für die Beschaffung, Lagerung und Verteilung von persönlicher Schutzausrüstung*

Bereits in der ersten Phase der Corona-Pandemie wurde im März 2020 beim Ministerium für Soziales und Integration eine Task Force insbesondere für die Beschaffung der persönlichen Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte eingerichtet, die seither diese Aufgabe wahrnimmt. Auf Grund der dadurch gewonnenen Erkenntnisse hat das Kabinett am 5. November 2020 beschlossen, eine zentrale Stelle für die Beschaffung, Lagerung und Verteilung von persönlicher Schutzausrüstung für die Ressorts der Landesverwaltung einzurichten und mit dieser Aufgabe das Ministerium für Soziales und Integration zu beauftragen. Die zentrale Stelle ist mit zwölf Personen besetzt.

*4. wie die Task Forces und Stäbe (Ziffern 3 und 4) in die Struktur des Ministeriums für Soziales und Integration eingebunden sind und welche Berichtspflichten gegenüber dem Minister bestehen;*

*Task Force Impfen*

Die Task Force Impfen berichtet täglich mündlich an die Zentralstelle, die ebenso täglich die Amtsspitze über den Sachstand zur Impfkonzepption und Umsetzung der Impfstrategie informiert. Darüber hinaus werden regelmäßige Sachstandberichte an die Amtsspitze versandt. Zusätzlich bespricht die Amtsspitze regelmäßig mit den in Frage 1 aufgeführten Akteuren die aktuellen Sachstände. Darüber hinaus berichtet das Ministerium für Soziales und Integration regelmäßig in der Lenkungsgruppe und im Kabinett zu den aktuellen Sachständen.

*Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe*

Der Minister und die Amtsleitung des Ministeriums für Soziales und Integration werden regelmäßig schriftlich und mündlich über die Sitzungen der Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe informiert. Sofern andere Organisationseinheiten des Ministeriums berührt sind, werden diese in Abteilungsleitungs- und Referatsleitungsbesprechungen sowie in regelmäßig stattfindenden Besprechungen informiert. Die Abstimmung mit der Amtsspitze ist über die Zentralstelle jederzeit gewährleistet.

*Task Force/Zentrale Stelle für die Beschaffung, Lagerung und Verteilung von persönlicher Schutzausrüstung*

Die Task Force/Zentrale Stelle ist bei der Abteilung 1 organisatorisch angesiedelt. Die Berichte mit Beschaffungsentscheidungen erfolgen an die Amtsleitung anlassbezogen auf dem vorgegebenen Geschäftsgang.

*Stabsstellen Corona*

Die Stabsstellen I Corona: Verordnungen, Stabsstelle II Corona: Normenkontrollverfahren, Staatshaftung und Stabsstelle III Corona: Entschädigung Infektionsschutz sind organisatorisch der Abteilung 6 zugeordnet und insofern in die Linienstrukturen und den üblichen Geschäftsgang des Ministeriums eingebunden.

*5. an welchen Terminen die „AG Corona“ zusammentrat und welche Ergebnisse ihre Zusammenkünfte brachten.*

Die AG Corona trat zum ersten Mal am 26. Februar 2020 zusammen, also bereits einen Tag nach dem Bekanntwerden des ersten COVID-19-Falls in Baden-Württemberg am 25. Februar 2020. Weitere Zusammenkünfte fanden – sowohl in persona als auch digital – am 2. März, 9. März, 16. März und 23. März sowie 13. Juli 2020 statt.

Im Zeitraum zwischen Ende März bis Ende Mai fanden die Zusammenkünfte der AG Corona aufgrund der Kontaktbeschränkungen telefonisch und aufgrund der Spezifität der jeweils zu diskutierenden Themen in unterschiedlichen Zusammensetzungen statt. Es haben sich mehrere ständige Untergruppen herausgebildet, die sich wie folgt zusammensetzen:

- Untergruppe der Kommunalen Landesverbände unter Beteiligung des Landkreistags, des Städtetags und des Gemeindetags auf Geschäftsführerebene;
- Untergruppe der Versorger im Gesundheitswesen unter Beteiligung der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, der Landesärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, der Landes Zahnärztekammer und der Landesapothekerkammer auf Geschäftsführerebene;
- Untergruppe der Krankenkassen und des MDK unter Beteiligung von AOK, DAK, BKK, ikk classic, vdek, BARMER, TK, KKH und MDK auf Geschäftsführer- bzw. Vorstandsebene.

Die Untergruppen haben im Zeitraum Ende März bis Ende Mai bis zu zwei Mal wöchentlich telefonisch zusammengefunden. Herr Minister Lucha war bei nahezu allen Terminen persönlich zugeschaltet und hat die Telefonschaltkonferenzen geleitet.

Seit Mitte Oktober tagen die Untergruppe der kommunalen Landesverbände sowie der Versorger im Gesundheitswesen wöchentlich telefonisch. Die Untergruppe der Krankenkassen tagt im zweiwöchentlichen Rhythmus.

Im Rahmen der AG Corona werden insbesondere tagesaktuelle Fragestellungen diskutiert. Dieses Vorgehen ermöglicht ein schnelles, lösungsorientiertes Vorgehen und unkompliziertes Handeln. Am 14. Oktober 2020 wurde unter den beteiligten Akteuren der AG Corona eine „Gemeinsame Vereinbarung zur Umsetzung von regionalen und lokalen Maßnahmen zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Fall eines massiven Ausbruchs bzw. einer zweiten landesweiten Infektionswelle“ geschlossen. Diese definiert die Vorgehensweisen und Zuständigkeiten unter Bezugnahme auf das Pandemiestufenkonzept der Landesregierung.

Lucha

Minister für Soziales  
und Integration